

Ratsinfo Nr. 8

Sitzung des Stadtrates am 4. Oktober 2010

Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Versammlungen, begann die Sitzung des Stadtrates am 4. Oktober 2010 ohne Fernseh- und Rundfunkberichterstatte und atmosphärisch eher entspannt, obwohl das Thema „Loveparade“ bzw. „Abwahl des Oberbürgermeisters“ abermals bereits an dritter Stelle der Tagesordnung zu finden war.

Wie bereits berichtet, hatten Bürger ca. 10.000 Unterschriften gesammelt und zusammen mit einem **Einwohnerantrag nach § 25 GO NRW** eingereicht. Sie forderten in ihrem Antrag den Stadtrat auf, sich mit der Abwahl des Oberbürgermeisters zu beschäftigen, was aber in der letzten Ratssitzung bereits geschehen ist. Somit war die Intention des Bürgerantrag inhaltlich bereits erfüllt, wenn auch mit einem anderen Ergebnis, als von den Antragstellern erhofft. Dennoch hatte die Verwaltung bereits in der Ratssitzung am 6. September 2010 festgestellt, dass ein Bürgerantrag sich laut Gemeindeordnung nicht mit diesem Thema befassen darf, dieser Antrag also aus juristischer Sicht nicht zulässig sei.

Dementsprechend lag dem Stadtrat ein Beschluss vor, wonach dieser Bürgerantrag als unzulässig abgewiesen wird. Allerdings wollte die SPD-Fraktion diese Beschlussvorlage in der Sitzung am 6. September nicht beschließen und beantragte die Vertagung auf die heutige Sitzung. An den juristischen Gegebenheiten hatte sich jedoch nichts geändert, so dass die Mehrheit des Stadtrates gegen die Stimmen von SPD und Linken den Bürgerantrag für unzulässig erklärte.

Es folgten unproblematische und einstimmige Abstimmungen zu **Ausschussumbesetzungen, Dienstreisen** der Bürgermeister nach Gaziantep und Berlin und dem neuen **Sitzungsplan** für 2011.

Diskussionen gab es bei Tagesordnungspunkt 9. Es ging um die Einführung eines „**Public Corporate Governance Kodex**“ für die Beteiligungsunternehmen und Betriebe der Stadt Duisburg. Dieser „Ehrenkodex“ für Aufsichtsratsmitglieder und Geschäftsführer ist in der freien Wirtschaft bereits üblich und anerkannt. Allerdings wurde im Rat nicht „in der Sache“ gestritten, sondern weil die SPD-Fraktion die Abstimmung zu diese Beschlussvorlage seit Mai 2010 bereits mehrmals verschoben hatte, nun aber kurzfristig einen umfangreichen Änderungskatalog vorgelegt hat und dem hierauf erfolgten Antrag der CDU-Fraktion die Sache nochmals zu verschieben, nun nicht zustimmen wollte.

Intention aller SPD-Änderungswünsche war, dass der Rat der Stadt wieder mehr Informationen und Entscheidungsbefugnisse bei wichtigen Entscheidungen der städtischen Gesellschaften bekommen soll. Die FDP-Fraktion hatte in der Vergangenheit schon oft kritisiert, kaum eine Entscheidung eines Aufsichtsrates, in dem die FDP selbst nicht vertreten war, zu kennen. Insofern entsprach der Antrag der SPD inhaltlich den Vorstellungen der FDP-Fraktion und der anderen kleineren Fraktionen, die oft nicht in den zahlreichen Aufsichtsräten vertreten sind. So wurden

alle vorgeschlagenen Änderungen mit den Stimmen von SPD, FDP, Grünen und Linken beschlossen. Die CDU lehnte empört und „aus Prinzip“ ab, weil die SPD vorher nicht auf ihren Wunsch eingegangen war, die Entscheidung zu verschieben.

Es folgten zahlreiche unaufgeregte Abstimmungen zu den üblichen **Gesellschafterversammlungen**, Bestellung von **Abschlussprüfern** für städtische Gesellschaften und **Finanzbeschlüsse** zu unabwendbaren über- und außer-planmäßigen Aufwendungen.

Die nächste Diskussion erfolgte zum Thema „**Einstellung von Auszubildenden und Praktikanten**“ im Jahr 2011 in der Duisburger Stadtverwaltung. Die Verwaltung hatte in ihrer Vorlage insgesamt 81 Stellen vorgeschlagen, die SPD wollte 31 Stellen mehr beschließen, da es in den letzten Jahren nur wenige bzw. keine Ausbildungsplätze bei der Stadt gegeben hatte. Die CDU schloss sich geradlinig der Verwaltungsvorlage an, SPD, Linke, Grüne, DWG und FDP beschlossen mehrheitlich, insgesamt 112 neue Ausbildungs- und Praktikantenplätze bereit zu stellen.

Große Diskussionen waren bei den anstehenden Beschlüssen zur **Schließung von 6 Grundschulen** und der Zusammenlegung zweier Realschulen erwartet worden. Heftige Wortgefechte gab es dann auch tatsächlich, allerdings wieder nicht inhaltlicher Natur, sondern über die Abstimmungsergebnisse in einzelnen Bezirksvertretungen und im Schulausschuss. So wurde z.B. diskutiert, ob die Änderungswünsche der Bezirksvertretung Homborg/Ruhrort/Baerl bei der Abstimmung im Schulausschuss berücksichtigt wurden und ob im Rat denn nun in der Fassung der BV oder des Schulausschusses beschlossen werden solle.

Einstimmig wurde lediglich beschlossen, die Grundschule Werthausener Straße in Rheinhausen aufzulösen. Ebenso einstimmig erfolgte der Beschluss zur Zusammenlegung zweier Realschulen in Rheinhausen. Die seit Jahren sinkenden Schüleranmeldungen (demografischer Wandel) ließen keinen anderen Schluss zu. Im Grunde gilt dies natürlich auch für die anderen 5 (von über 80) Grundschulen, die geschlossen werden sollten (GGs Dislichstraße und GGS Koopmannschule in Meiderich, GGS Marktplatz in Hochheide, GGS Wrangelstraße in Kasslerfeld und GGS Schulz-Knaudt-Straße in Hüttenheim). Allerdings sahen dies in den meisten Fällen nur die FDP-Fraktion und der Oberbürgermeister so und stimmten entsprechend. Gegen die Schließungen stimmten SPD, Linke und die Grünen. CDU und DWG enthielten sich bei allen Beschlüssen der Stimme.

Gegen die Auflösung der GGS Marktplatz in Hochheide stimmten dann nur die Linken, während alle anderen der Auflösung zustimmten. Die FDP enthielt sich in diesem Fall der Stimme, da nicht klar war, ob und welche Änderungen der Bezirksvertretung nun berücksichtigt wurden. Im Ergebnis werden 4 der 6 Grundschulen nun nicht geschlossen. Schuldezernent Jassen ergänzte hierzu: „Sie können hier beschließen was Sie wollen, wenn es keine Schüler gibt, wird die Bezirksregierung die Schulen sowieso schließen“.

Völlig unkommentiert und einstimmig wurde der Übergang aller Aufgaben und aller Mitarbeiter des städtischen **Amtes für Wasserwirtschaft auf die Wirtschaftsbetriebe** beschlossen. Die Wirtschaftsbetriebe (WBD-AöR) sind nun auch für die Unterhaltung aller Seen und für den Hochwasserschutz in Duisburg zuständig.

Die zehnte **Verleihung des Wilhelm-Lehmbruck-Preises** und der vorgelegte **Sozialbericht 2010** wurden nur wenig kommentiert.

Ganz anders jedoch die Beschlüsse, zur städtischen „Positionierung zur SGB II Strukturreform“. Im Kern geht es darum, ob die Stadt Duisburg ab dem Jahre 2012 alle Aufgaben der heutigen ARGE allein übernehmen will, also einen Antrag als sogenannte **Optionskommune** stellen sollte. Eine weitreichende Entscheidung mit unabsehbaren Auswirkungen für die Stadt und die Hartz IV Bezieher. Daher ist es gesetzlich auch vorgeschrieben, dass diese Entscheidung von mindestens 2/3 der Ratsmitglieder getroffen werden muss.

SPD und Linke hatten bereits in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit bekannt gegeben, dass sie dem nicht zustimmen wollten, die 2/3 Mehrheit also nicht zustande kommen kann. Daher beantragten die Grünen, diesen Beschluss heute nicht zu fassen, sondern mindestens bis zur Dezember-Ratssitzung zu verschieben. Dieser Antrag fand jedoch keine Mehrheit.

Auch die FDP-Fraktion hatte sich im Vorfeld der Ratssitzung ausgiebig mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Die FDP-Ausschuss- und Fraktionsmitglieder sind jedoch auch zu dem Schluss gekommen, dass das finanzielle Risiko für die Stadt als Optionskommune zu groß ist. Allein die räumliche und technische Umstrukturierung 2012 wird über 5 Millionen Euro kosten, ohne dass dafür eine Zahlung des Bundes zur Verfügung stehen würde. Sollte es in späteren Jahren weitere Kürzungen des Bundes für Betrieb und Unterhalt der Agentur (735 neue städtische Mitarbeiter!) und/oder Kürzungen bei den Geldern für Eingliederungsmaßnahmen für Hartz IV-Bezieher (aktuelle Mittelkürzung von 24 Mio. €) geben, dann könnte der Stadt ein unübersehbarer finanzieller Schaden entstehen. Außerdem bleiben Know-How und Ortskenntnis der jetzigen ARGE-Mitarbeiter der Stadt weiterhin erhalten, auch wenn die Betreuung von Langzeitarbeitslosen zukünftig unter der Regie des Bundes geschieht.

Nach langen Diskussionen stimmten CDU, Grüne, OB und Ratsherr Happel (BU) für die Optionskommune, SPD, FDP und Linke stimmten dagegen.

Nach zahlreichen einstimmigen Beschlüssen zu Bebauungsplänen stand die Aufstellung des **Bebauungsplanes Nr.1155 Baerl-Gerdt** zur Abstimmung. Die FDP-Fraktion stimmte als einzige dagegen, da es sich hierbei um einen („politisch motivierten“) Bebauungsplan zur Verhinderung einer bestimmten Ansiedlung handelt, obwohl der Investor alle Planungen im Vorfeld mit der Verwaltung besprochen hatte und zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen würden.

An Top 42 stand die „**Änderung der Sondernutzungssatzung**“ auf der Tagesordnung. Im Rahmen der Haushaltsberatungen im März wurde (gegen die Stimmen der FDP) beschlossen, dass alle Gebühren zur Nutzung des öffentlichen Raumes erhöht werden sollen. Bei der konkreten Umgestaltung dieser Satzung wurde dann aber festgestellt, dass nicht nur gewerbliche, sondern auch private, wohltätige und politische Nutzer (ca. 80,-€ pro Infostand) von dieser Erhöhung betroffen wären, was die SPD nun per Änderungsantrag korrigieren wollte. Diesem SPD-Gedanken schlossen sich FDP, DWG und Linke mehrheitlich an.

„**Keine Verlängerung der Laufzeit für Atomkraftwerke**“ lautete der Titel eines gemeinsamen Antrags von Linken und SPD, der als Appell an die Landes- und Bundesregierung gelten soll. Hierin war provozierend und erkennbar uninformativ von „Tschernobyl“, „Grube Asse“, „Risikotechnologie“, „Braun- und Steinkohle“ und Klimaschutz 'im allgemeinen' die Rede. SPD, Linke und Grüne beschlossen diesen Antrag nach kurzen Statements mehrheitlich.

Als einem der letzten öffentlichen Tagesordnungspunkte stand eine, seit langem geplante **Dienstreife nach Rotterdam** auf der Tagesordnung. Die Mitglieder des Ältestenrates und Vertreter aus dem Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr sollen an dieser Tagesreise teilnehmen, um den Rotterdamer Hafen zu besichtigen und mit den Betreibern des Hafens zu sprechen, da zukünftig eine engere Zusammenarbeit mit dem Duisburger Hafen geplant ist. Überraschenderweise stellte die SPD-Fraktion den Antrag, diese Reise ausfallen zu lassen, da sie es nach der Loveparadekatastrophe nicht für angebracht hält, Delegationen „mit dem Duisburger Oberbürgermeister an der Spitze“ in andere Regionen zu entsenden, was lautstarke Reaktionen bei den Ratsmitgliedern der CDU auslöste. Für diesen SPD-Antrag stimmten jedoch nur SPD und Linke, so dass diese Reise nun am 7.12.2010 stattfindet. Allerdings zog die SPD-Fraktion alle gemeldeten Teilnehmer aus ihren Kreisen zurück.

Zum Ende der öffentlichen Sitzung war die Atmosphäre im Ratssaal deutlich aufgeheizt, so dass ein weiterer Antrag der SPD-Fraktion, zum Bau der geplanten **4fach-Turnhalle in Hamborn**, heftigen Streit mit annähernd beleidigenden Wortbeiträgen auslöste. Im Antrag sollte im Grunde nur die Bezirksregierung dazu aufgefordert werden, die Mittel für den Bau freizugeben und gleichzeitig sollte beschlossen werden, die Rhein-Ruhr-Halle noch nicht zu schließen.

Zunächst signalisierte die CDU Zustimmung. Dies änderte sich, als SPD-Ratsherr Heiko Blumenthal dem CDU-Ratsherrn Rainer Enzweiler Wahlbetrug vorwarf, da dieser vor der Kommunalwahl geäußert haben soll, dass die Finanzierung der neuen Turnhalle gesichert sei. Daraufhin warf Ratsherr Enzweiler wiederum der SPD Wahlbetrug vor, da diese zwar 7.000 Stimmen zum Erhalt der Rhein-Ruhr-Halle gesammelt hätten, aber dann der Schließung dieser Halle doch zugestimmt hätten. SPD, Linke und DWG stimmten dem SPD-Antrag zu, alle anderen dagegen.

Die **Atmosphäre im Ratssaal** heizte sich, wie bereits bei den beiden vorangegangenen Versammlungen, im Laufe der Sitzung unter anderem auch deshalb immer mehr auf, weil SPD und Linke ganz demonstrativ vermeiden, den Oberbürgermeister als solchen anzusprechen. Meist erfolgt gar keine Anrede („Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen...“), oder der Oberbürgermeister wird demonstrativ mit „Herr Sauerland“ angesprochen, was bei den CDU-Ratsmitgliedern bei nahezu jeder SPD-Wortmeldung heftigere Zwischenrufe auslöste. Der Ton und die Umgangsformen im Rat der Stadt sind seit der Loveparade bzw. seit dem Abwahlenantrag gegen den OB deutlich lauter und härter geworden.

Die nächste und gleichzeitig letzte Ratssitzung des Jahres findet am 6. Dezember 2010 statt. Bis dahin wünscht Ihnen die FDP-Ratsfraktion schöne und erholsame Herbstferien.